

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Von Gert Weisskirchen MdB zu Brüchen, Gegensätzen und Perspektiven Europas: Von Jalta nach Sarajevo?

Seite 1

Dr. Edith Niehuls MdB zu Erwartungen an die UNO-Menschenrechtskonferenz: Die Menschenrechte nicht für die Durchsetzung von Machtfragen mißbrauchen!

Seite 5

48. Jahrgang / 24

4. Februar 1993

Von Jalta nach Sarajevo?

Zu Brüchen, Gegensätzen und Perspektiven Europas

Von Gert Weisskirchen MdB

1956, 1968, 1989 - drei Jahresdaten, die aufeinander bezogen sind: Ereignisse von Trauer und Hoffnung, von Ende und Aufbruch. Sie dokumentieren die Vorgeschichte zur demokratischen und nationalen Selbstbestimmung, wie sie sich im Übergang zu den neunziger Jahren durchsetzte.

Im Jahre 1968 und zuvor 1956 und wenn man heute durch Budapest fährt, fällt es erneut ins Auge - die Verknüpfung zwischen der Revolte gegen den Kommunismus und der Rückbesinnung auf die Nation war nie verloren gegangen. Dieser Zweiklang der nationalen Bewußtseinswerdung und der demokratischen Revolution ist ein Zweiklang, der durch das Jahr 1980 geht und auch durch das Jahr 1989, durch Polen und schließlich durch den europäischen Osten. Aber immer in einer unterschiedlichen Form. Imre Nagy - so hat Konrad György uns gesagt - hat gehofft auf die Hilfe von außen. Hilfe kam nicht. Hilfe kam nicht, weil ein System dazwischen stand, die Trennung, die Teilung der Welt, die Trennung der Teilung Europas.

Die Hoffnung war nicht naiv, sie war nicht idealistisch, aber die Antwort des Westens war zynisch. Sie war keine Antwort auf die Hoffnungen der Menschen, sondern die Antwort des Westens war eine Antwort der Trennung des Kontinents und der Trennung der Welt. Es war die Antwort Jaltas. Heute, was ist heute? Heute haben wir Jalta nicht mehr und wir gehen anderswo hin. Gehen wir zurück nach Sarajevo? In Sarajevo geschieht - das hat Adam Michnick gesagt - Barbarisches. Ist, was wir dort erleben ein Rückfall in den Nationalismus?

Schon die erste Rebellion gegen die Stalinsche Unterwerfung Osteuropas ließ den Akkord anklingen, der schließlich in den späten achtziger Jahren das Ende der kommunistischen Diktatur einläutete. Das Verlangen nach individueller Freiheit und nach nationaler Selbstbestimmung war es, das Deutsche in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone auf die Straßen und gegen die von Moskau eingesetzten Führungen trieb. In Ost-Berlin legten Arbeiter mit ihrem Aufstand die Legitimationslücke bloß, die sich nie mehr schließen sollte, bis fünfunddreißig Jahre später der Versuch des bürokratischen Kommunismus implodiert war.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kein Mitglied der
mit westlichen Regierungen
Kooperativ



Die "Melancholie der Wiedergeburt"

1956 setzte Imre Nagy seine letzte Hoffnung auf die Hilfe von außen. Seine Hilferufe verhallten. Wenn wir heute die "Melancholie der Wiedergeburt" erleben, weil die Identitätssuche nach den zerbrochenen Orientierungsmustern sich häufig in neu und als authentisch empfundenen kollektiven Deutungsmustern flüchten, dieses Mal national aufgeladen, so bäumte sich damals Ungarn gegen die Fremdherrschaft auf. Der Freiheitswille trug die ungarische Trikolore. Die Gewalt, die Moskau aussandte, ließ die Melancholie der verlorenen Selbstbestimmung zurück.

Die Lehren des Jahres 1956 waren bitter. Der Westen hatte Jalta verinnerlicht. Die Europäische Mitte wurde nach Osten verschoben. War ihr Bewußtsein schon unglücklich, weil es zerrissen geboren war, so sah sie auch ihre Hoffnung auf eine andere Zukunft bereits verloren, bevor sie in die Wirklichkeit hätte treten können. In Träumen voller Verzweiflung machte sich die europäische Mitte auf die Suche nach einer Vergangenheit, die nie hat eingelöst, die nie hat abgegolten werden können. Die Phantasien der Menschen und ihre Kraft saugten sich nach innen ab. Die Gesellschaft entleerte sich, der Staat blühte sich auf. Die psychischen Energien und mit ihnen auch die Wechselspiele ihrer konstruktiven und destruktiven Potentiale wandten sich von der Öffentlichkeit ab und flüchteten in den zwischenmenschlichen, familialen Beziehungen. Kadars Projekt der autoritären Auflockerung von oben machte sich einen Teil dieser Energien zunutze. Hellsichtig sah er die Gefahr, daß ungebundene Fähigkeiten der Ungarn über die formierte Herrschaft hinaussschießen könnten. Sie sollten abgefangen werden in der ökonomischen Selbstausbeutung einer kleinen Privatisierung, die sich in den Grauzonen zwischen Legalität und Illegalität bewegte.

So suchte er den Willen auf fundamentalen Wandel zu bannen, indem er den Menschen zwar Spielräume einräumte, sie aber immer in der Doppeldeutigkeit beließ, was denn rechtlich zulässig sei. Offener Terror war das nicht mehr. Die Wirkung jedoch, die von der Ungewißheit ausging, ob nicht die Repression doch umschlagen könnte in die ungezügelte Brutalität der staatlichen Gewalt, hielt fast dreißig Jahre an. Die limitierte Modernisierung Ungarns hatte einen hohen Preis. Der Kadarsche Versuch der nachholenden Modernisierung scheiterte auch daran, daß er nicht bereit war, seine innere Konsequenz zu ziehen; abgeschnitten von seiner notwendigen Bedingung, einer fundamentalen Demokratisierung, konnte er sich gesellschaftlich nicht verankern. So blieb der ungarische Modernisierungsversuch aufgesetzt.

Die Träume von 1956 und 1968

1956 ging es um die Erfüllung eines Traumes. Der Traum wurde spät wahr. Erst mit dem Jahr 1989 und danach. 1968 ging es auch um einen Traum, der realisiert werden wollte. Es war der Traum - damals noch - von wirklicher Demokratie und der Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie. Das Wort Sozialismus hat nach 1989 einen ganz anderen Klang. Aber 1968 ging es noch um die Verknüpfung zwischen Demokratie und Sozialismus. Man darf den Traum seiner eigenen Jugend nicht vergessen. Hinzufügen muß man auch, daß 1968 nicht nur ein Jahr des Versuchs war einen Traum in der CSFR zu realisieren, sondern 1968 bleibt für mich als Westdeutscher immer verbunden und verknüpft mit dem Mai in Paris und verknüpft mit dem, was im Westen geschah, was sich vorbereitete in den USA, was dann in Deutschland sich brach. Und von dort aus gibt es Verknüpfungen auch nach Prag 1968.

Ein Freund von mir aus jener Zeit, der leider sterben mußte - weil ein Deutscher, der den Willen derer vollstrecken zu müssen glaubte, die nicht wollten, daß eine Revolte sich Bahn brechen konnte, Rudi Dutschke also -, hat mit seiner Person aufmerksam gemacht auf die Verbindung der deutschen Revolte des Jahres 1968, die eine Revolte der Intellektuellen, der Studenten war, mit der Sehnsucht nach der Verbindung zwischen Demokratie und Sozialismus. Und wir sahen den Aufbruch in Prag, den Prager Frühling als eine komplementäre Entwicklung dessen, was in Westeuropa, und in Westdeutschland sich neu auf den Weg gemacht hatte.

1968 hat also eine mehrfache Bedeutung. Es hat auch die Bedeutung, daß in der Welt ein Vorgang sich abzeichnete, der sich später in einem anderen Jahr - 1989 - widerspiegelte. Jener Aufbruch war nicht begrenzt auf eine Nation, war nicht begrenzt auf eine Region, sondern, er war der Versuch eine

Gesellschaft neu zu gestalten und er war der Versuch, Demokratie zu realisieren - und - vielleicht utopisch aber dennoch - einen neuen Gesellschaftszustand zu erreichen, in dem Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität keine großen pathetischen Worte waren, sondern Realität. 1989 war - glaube ich - nur möglich, weil es 1968 gab.

So sahen es auch die Führungen der kommunistischen Parteien des Warschauer Pakts. Die Panzer rollten in Prag nicht allein gegen den Versuch, Demokratie und Sozialismus an der Moldau miteinander zu verbinden. Sie sollten im Keim ersticken, was die Macht aller Nomenklaturen hätte bedrohen können. Reformorientierte Persönlichkeiten und Gruppen innerhalb und außerhalb von Institutionen in allen osteuropäischen Staaten blickten gebannt auf den Prager Frühling. Die Sympathie blieb nicht begrenzt auf den Warschauer Pakt. Auch im Westen waren Bewegungen entstanden, die sich gegen Verkrustungen in ihren Gesellschaften wandten. Entscheidende aktive Kerne dieser Jugendrevolten, die, je länger sie sich kannten, transnationale Netze aufbauten, suchten emanzipative Potentiale aufzuschließen in der theoretischen Auseinandersetzung mit der sozialistischen Tradition.

1989 - eine Folge der Desillusionierung

Die Desillusionierung dessen, was man Sozialismus nannte und woran viele, auch ich, glaubten im Westen, sie hatte mit dem gewalttätigen Ende des Prager Frühlings begonnen. In Prag wurde dieser Form des Sozialismus ein Ende bereitet, weil Moskau nicht wollte, daß Demokratie und Sozialismus eine Verbindung eingehen durften. Diese Form des real existierenden Sozialismus, wie er sich dann nachher nannte, war, wie Rudi Dutschke sagte, ich möchte ihn nochmal zitieren, keine reale Form des Sozialismus. Er hat dazu gesagt: Alles, was real ist dort in diesem Sozialismus ist, daß er nicht Sozialismus ist. Alles, was dort real ist, ist Unterdrückung und Unfreiheit und Diktatur und nicht Sozialismus.

1989 war also - glaube ich - nur möglich nach dieser Desillusionierung. Ein anderes kommt hinzu: eine Verschiebung in der gesellschaftlichen Debatte, weil ich zumindest als teilnehmender Beobachter der 80er Jahre in den verschiedenen Städten Osteuropas habe empfinden können, daß diese Gesellschaften im Osten Europas auf der Suche waren nach der bürgerlichen Gesellschaft, nach der "civil society", nach der zivilen Bürgergesellschaft, um es präziser zu sagen. Etwas, was wir im Westen fast geringschätzten, war im Osten eine Sehnsucht geworden. Wir hatten es fast gering geschätzt, weil wir, irrgläubig wie wir manchmal waren, im Westen die civil society und deren Kompromißcharakter als etwas empfanden, daß unseren Zielen widersprach oder zumindest den Zielen der 68er nicht nahe genug kam. Der Kompromißcharakter der civil society war aber für den Osten Europas ein notwendiges Ziel, das er erreichen mußte, weil nur die civil society die Chance geben kann, daß Freiheit realisiert wird.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und, Adam Michnik hat es zitiert, das scheint mir der Dreiklang zu sein, der 1969 durch die Hauptstädte Osteuropas zu hören war. Nur anders als 1968 gab es und gibt es im Westen Europas keine komplementäre Entwicklungen. Es gibt keine konstruktive Antwort des Westens auf die Wiederentdeckung der Werte der französischen Revolution, sondern es gibt zaghafte Verhalten eher - und das ist meine große Sorge, die ich habe für die Zukunft nach 1989 und wir erleben jetzt die ersten Tage der Zukunft der Vergangenheit in der wir jetzt leben - nämlich, daß mit 1989 der Westen seine Chance nicht genutzt hat, sich komplementär zu entwickeln gegenüber dem, was im Osten aufgebrochen ist. Komplementäre Entwicklung hätte sein müssen und kann es immer noch werden. Dazu bedarf es einer tiefer gehenden Verständnisses der historischen Prozesse, die nebeneinander und auch gegeneinander zugleich stattfinden. Die gemeinsame Entdeckung gemeinsamer Werte und das wirklich gemeinsame Aufbauen von gemeinsamen Strukturen eines Kontinents, Europas, das muß erst beginnen.

Wir haben bei Solidarnosc den Ruf nach der Rückkehr nach Europa gehört. Diese Rückkehr nach Europa war ebenfalls, wie der Dreiklang der Werte der französischen Revolution, das verbindende Element des Jahres 1989 im Osten unseres Kontinents. Diese Rückkehr nach Europa aber ist dann eine Rückkehr in den Partikularismus und damit auch steht diese Rückkehr in Gefahr der Wiederentdeckung des Nationalismus, wenn nicht der Westen mit den aufbrechenden jungen Staaten des Ostens, im Osten Europas versucht, eine gemeinsame komplementäre Entwicklung in Gang zu set-

zen. Und diese komplementäre Entwicklung kann nur heißen: Integration. Integration in dem Sinne, daß der Westen bereit ist mit dem Osten ein gemeinsames Europa so aufzubauen, daß wir im Westen lernen, was Teilen praktisch heißt. Wir müssen lernen unseren Reichtum zu teilen, mindestens jedoch die Wohlstandszuwächse.

Zugleich müssen wir lernen, die Schübe der Renationalisierung zu bewältigen und die nötigen internen Mechanismen entwickeln, damit die Probleme, die jetzt ökonomisch und sozial zu bewältigen sind, auch wirklich bewältigt werden können, sodaß soziale Gerechtigkeit realisiert werden kann. Geschieht dies nicht, dann - und die Anzeichen sind klar und deutlich zu erkennen - besteht die große Gefahr der Verengung der Entwicklung hin zur Wiederentdeckung von Nationalismus und Chauvinismus. Der Unterschied zu 1956, 1968 und 1989 ist der, daß Revolutionen gegen das Ancien Regime von den Menschen wahrgenommen worden sind als Auflehnung und sie haben sich selbst entdeckt in der Veränderung als Handelnde. Sie haben in der Veränderung weniger gesehen, was sich wiederholt. Die Wiederentdeckungen des nationalen Bewußtseins, die jetzt stattfinden, können zu Rückfällen werden, die möglicherweise bedeuten, daß die Menschen nicht mehr wahrnehmen, was sich verändert, sondern daß sie eher wahrnehmen, was sich wiederholt. Wir haben also eine Umkehrung der Wahrnehmungsgefühle der Menschen. Nicht mehr der Veränderungsprozeß wird positiv empfunden, sondern es wird eher positiv empfunden, was sich wiederholt in und mit der nationalen Identität.

Die Sackgasse des Nationalismus

Wenn dieser Prozeß nicht umgeformt wird in komplementäre Entwicklungen des gesamten Europas, werden sich diese Prozesse verengen in den Sackgassen des Nationalismus. Lucien Febre hat das in seinen Studien zur Psychologie deutlich gemacht. Es gibt eine stets vorhandene Bereitschaft unserer eigenen Emotionalität, daß die Intellektualität überflutet werden kann in Krisensituationen und, daß das Animalische in solchen Krisensituationen auf Kosten der Kultur sich durchsetzen kann. Norbert Elias hat das ebenfalls aus einer anderen soziologischen Sichtweise erkannt und den "Entzivilisierungsprozeß der Hitlerbarbarei" beschrieben. Mir scheint, daß in dem Moment, wo feste, fix strukturierte Wertesysteme implodieren - Antonin Liehm hat vorhin darauf hingewiesen, wie die Sowjetsysteme zusammengebrochen sind: Nach innen bislang relativ gewaltfrei, in dem Moment aber, wo sie verschwunden sind, sind auch Systeme verschwunden, die zwischen der Ich-Identität und der Wir-Identität Stabilität gestiftet haben.

Und das entscheidende Problem liegt darin, die Freiräume, die sich beim Zerbrechen solcher stabiler Strukturen, auf die ja auch Verlaß war in der Dissidenz gegen diese Ich-Wir-Dichotomie, die sich in dem Moment öffnen, wo diese festen stabilen Orientierungslinien zerbrechen, gibt es auch Chancen des Eindringens von Irrationalismen. Diesen Punkt haben wir jetzt erreicht. Und das, was in Ex-Jugoslawien geschieht, ist ja nur ein Teil dessen, was uns bevorstehen könnte.

Hinzukommt, daß die ökonomischen Modernisierungsschübe unabweisbar sind. Und mit ihnen sammeln sich in den Menschen Gefühle des disparaten Auseinanderfliegens von Realitätserfahrung an. Die Quantensprünge, die stattfinden in der ungeheuren Beschleunigung von Erfahrungen, die zuvor genau entgegengesetzt waren gegenüber dem Gefühl: ich lebe in einer Gesellschaft, in der sich nichts verändert und nichts bewegt, in der die Zeitstruktur statisch bleibt, - also in dem Moment, wo diese Beschleunigung einsetzt und sie aber zugleich nicht ausbalanciert wird durch die festen Bezugspunkte einer zivilen Gesellschaft, dort besteht das Problem, daß die Konflikte von Menschen umgeleitet werden können, hin zu archaischen Leitbildern, der Sehnsucht nach nationaler Einheit und ethnischer Sauberkeit. Die Sehnsucht nach Entmischung ist ja nichts anderes als der Fluchtversuch des Einzelnen vor der Komplexität der Erfahrungen, der er ausgesetzt ist, vor der Komplexität der Welt, der er sich ausgeliefert sieht.

Solche Fluchtbewegungen können schließlich auch in Gewalt als Instrument des Verzichts auf den Kompromiß und in Gewalt als den Beweis der Unfähigkeit zur Kommunikation münden. Dann wird die nationale Orientierung ihren möglichen emanzipativen Charakter, den sie haben kann bei der Konstituierung von neuen Gesellschaften und, das betrifft weniger Ungarn, obwohl auch Ungarn durchaus in der Gefahr steht - das wissen die Ungarn selbst am besten - das ist weniger ein Problem von

Polen, das ist aber natürlich und zu allererst ein Problem all der neu entstehenden Staaten östlich von Ungarn.

Die Zeit der Eindeutigkeit ist vorbei

Der Zerfallsprozeß der ehemaligen Sowjetunion birgt in sich noch ungeheure Gefahren von nationalistischen Explosionen. Die Gefahr des Autismus wird immer größer und die Gefahr, daß authentische Erfahrungen von Menschen abgekoppelt werden können zugunsten der Teilhabe an der Imagination des Scheins von nationaler und von ethnischer Einheit und Reinheit. Vor diesen Problemen stehen wir und ich glaube, es gibt darauf nur eine klare und eindeutige Antwort: wir müssen die Verhaltensmuster des Westens, wie sie deutlich geworden sind 1956, wie sie deutlich geworden sind 1968 und wie sie leider in ihrer Unvollkommenheit auch deutlich geworden sind 1989, so rasch wie nur irgend möglich verlassen. Diese Verhaltensmuster werden dazu führen wenn sie sich fortsetzen werden, wenn der Westen sich abkoppelt, wenn er gar selbst meint - wie das in meinem eigenen Lande Deutschland gegenwärtig geschieht - man könne die Grenzen dicht machen gegenüber dem, was uns erwartet, was notwendigerweise gerade im Blick auf die Öffnung und die Veränderung unseres eigenen Verhaltens notwendig ist, wenn wir nicht in der Lage sein werden, wir Deutsche und Westeuropa gemeinsam, ein anderes Verhaltensmuster zu zeigen als wir es bislang gezeigt haben, dann fürchte ich große Gefahren für uns alle.

Ich kann nur hoffen, daß die Classe Politique begreift, und alle Intellektuellen dabei mithelfen, im Dialog miteinander, daß wir in einer Zeit leben, in der wir uns keinerlei Illusionen machen dürfen über das, was uns bevorsteht. Die Zeit der Eindeutigkeit ist vorbei. Wir erleben wieder die Normalität des Bösen. Wollen wir in ihr nicht untergehen, braucht es eine neue Perspektive für eine gemeinsame europäische Zukunft. Im Sprung der Zeit können auch die Dämonen der Vergangenheit ihren Fesseln abstreifen. Europa wird sie nur bannen, wenn komplementäre Reformprozesse transnational durchgesetzt werden. Der Bruch zwischen einer anstehenden fundamentalen Koevolution Gesamteuropas und den Wirklichkeiten unseres Kontinents werden paradoxal empfunden. Noch lebt Europa unterhalb seiner reformerischen Fähigkeiten. Der Jammer mit der Menschheit aber ist, sagt Bertrand Russell, daß die Narren so selbstsicher sind und die Gescheiterten so voller Zweifel.

{-/4. Februar 1993/rs/ks}

Die Menschenrechte nicht für die Durchsetzung von Machtfragen mißbrauchen!
Zu Erwartungen an die UNO-Menschenrechtskonferenz

Von Dr. Edith Niehuis MdB
Vorsitzende der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Das Jahr 1993 ist geprägt von der Weltkonferenz über Menschenrechte, die vom 14. bis 25. Juni 1993 in Wien von den Vereinten Nationen abgehalten werden wird. Eine Vorbereitungskonferenz war die asiatisch-pazifische Menschenrechtskonferenz, die Ende Januar zu Ende gegangen ist. Im Vorfeld der Weltmenschenrechtskonferenz zeigt sich eine Entwicklung im Umgang mit Menschenrechten, die hinter den Standard der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1949 zurückfallen könnte und an der auch die deutsche Außenpolitik Mitschuld trägt.

Worum geht es?

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1949 geht nach dem Zweiten Weltkrieg, vor dem Hintergrund der Greuelthaten im Dritten Reich von allgemeinen, unteilbaren, unveräußerlichen Menschenrechten für jede Person, egal welchen Geschlechts, Alters oder Herkunft aus. Diese gilt es zu schützen und zu bewahren.

Über 40 Jahre Diplomatie, Verhandlungen, Gespräche, Abkommen und so weiter haben die Weltvölker einander näher gebracht und Möglichkeiten einer schrittweisen, friedlichen Versöhnung aufgezeigt. In über 40 Jahren Diplomatie war es möglich, die Spaltung zwischen Ost und West abzubauen. Der sogenannte Ostblock wagte es, aus seiner Verschanzung auszubrechen und sich Entwicklungen gegenüber zu öffnen.

Heute scheint diese Diplomatie kein Mittel mehr zu sein, Veränderungen herbeizuführen. In Zeiten der Abrüstung zwischen Ost und West wird der Ruf nach militärischer Intervention in mögliche und bestehende Krisenherde wieder laut - auch in Deutschland, nicht zuletzt durch den deutschen Außenminister.

Der Golfkrieg ist dabei zum Sündenfall geworden. Unter dem Deckmantel vermeintlichen Schutzes der Menschenrechte der Kuwaitis intervenierten die USA in einen Konflikt militärisch, auch noch unter dem Dach des UN-Sicherheitsrates. Die Botschaft, die sie damit über den Irak hinaus der Weltöffentlichkeit überbrachte, war eindeutig: wenn ein Land sich nicht nach den Vorstellungen der hochindustriellen Welt wohlverhält, droht der Einmarsch. Die jüngste Entwicklung im Irak - das erneute Sich-Aufbäumen Sadam Husseins durch stetige, "kleine" Grenzverletzungen - ebenso wie die mißglückte Operation Neue Hoffnung in Somalia sollten mehr als deutlich machen, daß die militärische Intervention keinen dauerhaften Frieden für die Menschen bringen kann.

Wieviel Porzellan darüber hinaus hierdurch für den Nord-Süd-Dialog zerbrochen wurde, wieviel mühselig aufgebautes Vertrauen mit einem Federstrich zerstört wurde, zeigt die Menschenrechtskonferenz im indonesischen Jakarta zur Vorbereitung der Weltmenschenrechtskonferenz im Juni dieses Jahres wohl in eindringlicher Deutlichkeit. Die asiatisch-pazifischen Staaten ließen keinen Zweifel daran, daß sie den Versuch der westlichen Welt zurückweisen werden, die Menschenrechte zu einem politischen Instrument machen zu wollen. Das Forum forderte, eventuelle Konflikte zwischen Nord und Süd in einem Dialog beizulegen und nicht in der Konfrontation auszutragen. Die Menschenrechtsdiskussion dürfe nicht an politisches Wohlverhalten, wie der Westen es versteht, gekoppelt werden. Klarer kann die Antwort der sogenannten Drittländer an die Industrieländer nicht formuliert werden.

Was bleibt so von der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1949? Menschenrechte werden zum Spielball in der Konfrontation und in der Frage um Macht, verlieren ihren allgemeinen, unteilbaren, unveräußerlichen Charakter. Wer Menschenrechte für Frauen und Männer als Wert an sich retten will, sollte zurückkehren zum außenpolitischen Instrument der Diplomatie. Auch wenn die militärische Intervention "nur" als letztes Mittel deklariert wird, ist die Botschaft dieselbe: die Bereitschaft, zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung zu kommen, ist nicht mehr vorhanden, es soll nur noch die vermeintlich richtige Lösung einer Seite durchgesetzt werden.

Damit aber zerfällt die Welt wieder in Nationalismen, die einander bekriegen und sich nicht in ihrer Souveränität anerkennen.

Von Menschenrechten ist dann keine Rede mehr. Dann geht es nur noch um Rechthaberei, unterstützt durch Säbelrasseln.

Wer einen konstruktiven Dialog über allgemeine Menschenrechte wieder möglich machen will, muß der Diplomatie im besten Sinne wieder eine Chance geben.

Der Rückfall in eine Zeit vor 1949 hätte verheerende Folgen.

(-/4. Februar 1993/rs/ks)
